



Bezirk
Frankfurt

Briefanschrift: IG Metall Bezirk Frankfurt am Main
Wilhelm-Leuschner-Str. 93, 60329 Frankfurt am Main

Herrn
Volker Fasbender
Hauptgeschäftsführer
Verband der Metall- und Elektroindustrie
Emil-von-Behring-Str. 4
60439 Frankfurt



Sehr geehrter Herr Fasbender,

in Pressemeldungen und auf der Homepage der VHU werden Sie unter Bezugnahme auf die Aktionen der IG Metall am 24.2.2011 mit folgendem Satz zitiert: „Die Gewerkschaften sollten ihre Amokfahrt gegen die Zeitarbeit sofort beenden“.

Es ist aus guten Gründen nicht üblich, dass wir in unserer Kommunikation über Sachfragen der Tarif- und Beschäftigungspolitik auf das mit diesem Schreiben gewählte Mittel des „offenen Briefes“ zurückgreifen. Dabei soll es dem Grunde nach auch bleiben. Es ist allerdings auch nicht üblich, dass wir in unserer Kommunikation auf das von Ihnen mit dieser Presseerklärung gewählte Mittel der Verunglimpfung zurückgreifen.

Es spricht nichts dagegen, dass Arbeitgeberverbände in der öffentlichen Auseinandersetzung zuspitzen und rhetorische Analogien zur Verdeutlichung ihres Anliegens verwenden. Mit Ihrer öffentlich geäußerten Unterstellung, die IG Metall vollziehe eine „Amokfahrt gegen die Zeitarbeit“, überschreiten Sie jedoch deutlich die Grenze dessen, was unkommentiert bleiben darf.

Die Internet Enzyklopädie Wikipedia schreibt:

Amok (*malaiisch: meng-âmok ‚in blinder Wut angreifen und töten‘*) ist eine psychische Extremsituation, die durch Unzurechnungsfähigkeit und absolute Gewaltbereitschaft gekennzeichnet werden kann.

Datum:
15. März 2011

Unser Zeichen:
AS/SH

Telefon:
069/6693-3301

FAX:
069/6693-3314

E-Mail:
armin.schild@igmetall.de

IG Metall Bezirksleitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 93
60329 Frankfurt
Telefon: (0 69) 66 93-33 00
Fax: (0 69) 66 93-33 14
Email: bezirk.frankfurt-am-
main@igmetall.de
Internet: www.igmetall-bezirk-
frankfurt.de

Helaba Frankfurt
Konto-Nr. 83 203 000
BLZ 500 500 00

Steuernummer:
DE 114108502

Datenschutzhinweis: Name,
Adresse und zur Bearbeitung
nötige Angaben werden
vorübergehend gespeichert.

Sie unterstellen mit Ihrer schriftlich verfassten öffentlichen Äußerung also, dass sich diese Menschen in einer durch Unzurechnungsfähigkeit und Gewaltbereitschaft gekennzeichneten psychischen Extremsituation befinden. Womit belegen Sie diese Unterstellung?

Die vielen tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich für die Aufrechterhaltung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ einsetzen, als „Amokfahrer“ zu bezeichnen, verletzt nicht nur das Stilempfinden der Angesprochenen, die sich in diesem Falle nicht für eigene Interessen, sondern für die ihrer Kolleginnen und Kollegen aus der Leiharbeitsbranche einsetzen.

Fakt ist, dass nach allen vorliegenden Umfragen über 80% der Menschen in Deutschland das Prinzip des „equal pay“ befürworten. Fakt ist ferner, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien dieses Prinzip befürworten. Fakt ist, dass mit der anstehenden Neufassung des AÜG eine eindeutige Aufforderung an die Tarifvertragsparteien verbunden sein wird, dieses Prinzip im Rahmen der Tarifautonomie zu wahren und wieder herzustellen. Fakt ist schließlich, dass dieses Prinzip Grundlage der entsprechenden Leiharbeitsrichtlinie der europäischen Kommission ist.

Bestandteil des geltenden Tarifvertrages, den BZA und DGB in 2003 abgeschlossen haben, war und ist die Vereinbarung von „Branchenzuschlägen“ (§ 6 BZA-DGB Verhandlungsergebnis vom Februar 2003), die das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ adäquat in die spezifischen Bedingungen der Leiharbeitsbranche einpassen sollte. Dass bis heute dazu keine Einigung möglich war, ist insbesondere der Tatsache geschuldet, dass in der Leiharbeitsbranche von so genannten „christlichen Gewerkschaften“ unzulässige Tarifverträge abgeschlossen wurden. Dies ist auch die Einschätzung führender Vertreter des BZA selbst und großer, bedeutender Mitgliedsbetriebe des BZA.

Alle diese Menschen, Regierungen, Parteien, Experten für Leiharbeit, ja selbst maßgebliche Vertreter der Leiharbeitsbranche selbst, halten das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für richtig. Die IG Metall setzt sich mit ihnen gemeinsam dafür ein. Was rechtfertigt vor diesem Hintergrund den Vorwurf einer Amokfahrt?

Da Sie „Unzurechnungsfähigkeit“ der IG Metall zu diesem Thema konstatieren, darf ich Sie bitten, uns darüber aufzuklären, auf welche Grundlage Sie diesen weitgehenden pathologischen Befund stützen?

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass aufgrund unserer Initiative in 120 ihrer Mitgliedsbetriebe das Prinzip des „equal pay“ vereinbart wurde. Sind die Geschäftsleitungen und Betriebsräte dort auch „unzurechnungsfähig“?

Wir haben vor genau drei Monaten mit den Arbeitgebern der saarländischen Stahlindustrie einen „Tarifvertrag zur Vermeidung und Begrenzung von Leiharbeit“ abgeschlossen, in dem umfassende Mitbestimmung der Betriebsräte in den Entleihbetrieben und ein über den Grundsatz von „equal pay“ umzusetzendes Äquivalenzprinzip der Vergütung von Leiharbeit geregelt ist. Sind die Führungsmannschaften der Mitgliedsbetriebe und ihr Verband ebenso „unzurechnungsfähig“?

Schließlich möchte ich, da Sie ja auch mir eine „Amokfahrt“ vorwerfen, in aller Bescheidenheit Ihr Augenmerk darauf richten, dass ich mich persönlich seit vielen Jahren erfolgreich um eine sachgerechte Regelung der Bezahlung von Leiharbeit bemühe. Das belegen Ihnen etliche Tarifvereinbarungen, die ich im Namen der IG Metall abgeschlossen habe, und viele Vertreter der Verbände und großer Unternehmen dieser Branche.

Wir nehmen zur Kenntnis: Sie setzen sich, ohne dies direkt auszusprechen, für die Einführung einer dauerhaften Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben ein. Sie versuchen, dies mit vorgeblichen Beschäftigungseffekten der Leiharbeit zu kaschieren (die in der Metall- und Elektroindustrie weit unter 10% liegt) . Das ist nicht gut, auch kein guter Stil – aber vielleicht legitim.

Denen, die sich für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und das Prinzip des gleichen Lohnes für die gleiche Arbeit einsetzen, „Unzurechnungsfähigkeit und absolute Gewaltbereitschaft“ zu unterstellen, ist inakzeptabel und belastet die Diskussion um die Zukunft fairer Zeitarbeit. Ich hoffe, dass war nicht Ihre Absicht.

Mit freundlichen Grüßen



Armin Schild
Bezirksleiter